

Bloß nichts Neues wagen

Zum Artikel „Aufstehen“ – für was?, hlz 12/2018, S. 30

Die Bewegung „Aufstehen“ beruht auf der Erkenntnis, dass gegen die vorherrschende neoliberale Politik dringend eine Gegenmacht aufgebaut werden muss. Das bestehende Parteiensystem bietet da keine positive Perspektive, auch die Hoffnung auf Rot-Rot-Grün, wie Jörg Petersen sie hegt, nicht. Die Partei „Die Linke“ dümpelt seit Jahren bei 8 bis 10 Prozent herum und die Kräfte innerhalb der Grünen und der SPD, die eine Abwendung von der neoliberalen Politik fordern, können sich innerhalb ihrer Parteien nicht durchsetzen. Viele Menschen wenden sich von der Politik ab oder sehen in der AfD eine Perspektive.

Das darf nicht so weitergehen.

Daher könnte die Sammlungsbewegung „Aufstehen“ eine Chance bedeuten, den Interessen der Menschen wieder eine Stimme zu geben - insbesondere den Mitgliedern in den Gewerkschaften, die sich von den Gewerkschaftsführungen häufig betrogen fühlen, wenn die Abschlüsse kaum noch durchschaubar sind und über immer längere Zeiträume zu niedrig abgeschlossen werden, anstatt die Gunst der Stunde des Aufschwungs zu nutzen. Ihnen kann die Sammlungsbewegung mehr Durchsetzungskraft verleihen.

Jörg Petersen hat eigentlich nichts gegen den Aufruf der Sammlungsbewegung einzuwenden. Dennoch schürt er Misstrauen. Die Ausführungen zum Kommunitarismus sollen wohl Nebelkerzen sein, die

seine Ausführungen in eine philosophische Dimension heben sollen.

Er unterstellt der Mitinitiatorin Sahra Wagenknecht und anderen Gründungsmitgliedern, dass sie eine neue Partei gründen wollen, was dann dazu führt, dass die Linke sich weiter aufspaltet. Das Gegenteil soll erreicht werden. Die Menschen, die gegen eine Politik sind, die von den Kräften des Marktes („marktkonforme Demokratie“) bestimmt wird und nach außen immer aggressivere Töne anschlägt, sollen zusammengefasst werden. Gerade bei möglichen wechselnden Mehrheiten im Bundestag könnte da Bewegung in das verkrustete Parteiensystem kommen.

Dann kommt immer wieder die alte Leier des Nationalismusvorwurfs. Dabei wird von einer idealistischen Vorstellung von Europa ausgegangen. Es wird nicht gesehen, dass gerade die Politik der EU, die sich in die Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischt, zur Europaverdrossenheit führt. So war zum Beispiel der durch Volksabstimmung gewünschte Rückkauf des Strom- und Wärmenetzes in

Hamburg gefährdet, weil EU-Richtlinien eine europaweite Ausschreibung fordern. Der Neoliberalismus lässt grüßen.

Kritik an dieser Politik wird dann in die Nähe der AfD gerückt („Europa der Vaterländer“). Lieber ein Europa demokratischer Nationen, wo die Menschen direkt ihre Interessen einbringen können, als eine EU, die vielfach undemokratisch agiert und gegen die Interessen der Menschen verstößt (z. B. bei CETA, Griechenland etc.).

Es kann aus meiner Sicht nur von Vorteil für die kämpferischen Teile der Gewerkschaften sein, wenn aus der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ eine einflussreiche Kraft wird. Es muss auch mal etwas Neues gewagt werden!

ROLF URBAN
Ruheständler

Etwas kritischer bitte!

Zum Artikel „Was wir wollten, was draus wurde“, hlz 12/2018, S. 52ff

Natürlich kann der Veranstalter nicht nachträglich schlecht über seine Gäste reden, aber

Back to the Rute?

Dass die antiautoritäre Erziehung sich als Erziehungs- und Pädagogikkonzept nicht durchgesetzt hat, hat sicher auch Ursachen, die in dem Konzept selbst begründet liegen. Nun aber nach einer „Neuen Autorität“ zu rufen, weckt Misstrauen – oder irritiert zumindest.

Wir würden uns freuen, wenn ihr, liebe Kolleg_innen, die ihr täglich die pädagogische Entscheidung zu treffen habt, wie viel und welche Autorität ihr in einer Situation einsetzt, eure Erfahrungen, eure Einschätzungen zum Konzept „Neue Autorität“ in der hlz veröffentlicht. Es sollte keine Diskussion nur zwischen Wissenschaftler_innen (z.B. dem Entwickler dieses Konzepts, Haim Omer) und Vertreter_innen der Schulbehörde werden.

hlz-REDAKTION

ein bisschen Kritik an manchen Redebeiträgen wäre wohl doch angemessen. Den älteren Menschen auf dem Podium war es anscheinend eher peinlich, dass sie damals, 1968, mit dabei waren; klar, wenn sie sich nicht frühzeitig von ihren "Jugendstunden" distanziert hätten, wären ihre Karrieren vermutlich nicht möglich gewesen. Michael Daxner hat nach meinem Empfinden nicht den "advocatus diaboli" gespielt, sondern schlicht reaktionäres Zeug von sich gegeben. Ein Lichtblick immerhin: Die junge Studentin, die gerne damals mitgemacht hätte. Einige ehemalige GEW-Vorsitzende – z.B. Delo oder Christiane Albrecht – hätten der Podiumsdiskussion gut getan. Insgesamt war die Veranstaltung aber doch gelungen, und der BG Ruheständler gebührt Dank für die Vorbereitung.

WERNER HAERTEL
Ruheständler



Die Kassen der Länder sind voll. Schon seit 2015 erzielen sie in ihrer Gesamtheit Überschüsse. 2018 betragen diese nach Angaben des Bundesfinanzministeriums fast 16 Milliarden Euro. Und die Steuereinnahmen sollen 2019 und 2020 weiter ansteigen. Gute Zeiten also für höhere Löhne! Für die es gute Gründe gibt: Die Gehälter der 2,4 Mio. Länder-Beschäftigten sind gegenüber dem Jahr 2000 um etwas mehr als 48 Prozent gestiegen. In der Gesamtwirtschaft hingegen betrug das Plus fast 53 Prozent, in der Metallindustrie sogar fast 62 Prozent. Hier gilt es aufzuholen: Die abhängig Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder müssen wieder an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben! (Siehe auch Seite 10)

perdu

Die schleswig-holsteinische CDU-Bildungsministerin Karin Prien hat es geschafft, die Lehramtsausbildung wieder zu trennen. Für Martin Habersaat von der oppositionellen SPD ist dies „eine Rolle rückwärts in der Bildungspolitik“. Die SPD war mit verantwortlich dafür, dass angehende Lehrer innen in Schleswig-Holstein allesamt gemeinsam auf „Sekundarschul-lehramt“ studieren, egal, an welcher Schulart sie später arbeiten wollen. Eine Regelung, die die CDU schon lange wieder rückgängig machen wollte. Nun ist es gelungen: Die CDU beschloss zusammen mit ihrem grünen Koalitionspartner, dass künftig im Studium bereits wieder deutlich sein soll, wer später im Gymnasium und wer in der Gemeinschaftsschule unterrichten wird.

1000 mal geirrt, 1000 mal ist nix passiert...

Für rund 15.800 Viertklässler_innen begann dieser Tage die Anmeldeweche für die weiterführenden Schulen – die Eltern können ihre Kinder an 58 staatlichen Stadtteilschulen, 61 Gymnasien oder vier sechsjährigen Grundschulen anmelden. Der Schulsenator nutzte diesen Anlass für einen Appell an die Eltern der Viertklässler_innen „Hamburg bietet die freie Schulformwahl, und meistens treffen Eltern und Kinder ein gute Wahl, allerdings mussten am Ende des letzten Schuljahres 884 Sechstklässler_innen das Gymnasium verlassen, weil sie den Ansprüchen nicht gewachsen waren“. Was er verschwieg: 61(!) Prozent der Schüler_innen, die nach der vierten Klasse ohne Empfehlung aufs Gymnasium wechselten, blieben dort!

Zum Nachrechnen:

Gymnasium		abs.	in %	in %
Schuljahr 2015/16	Klasse 5	7.169	100,0	
	mit Gymnasialempfehlung	5.728	79,9	
	ohne Gymnasialempfehlung	1.441	20,1	
Schuljahr 2017/18	Abschulungen ins.	892	12,4	
	mit Gymnasialempfehlung	330	4,6	
	ohne Gymnasialempfehlung	562	7,8	
	Versetzung nach Klasse 7			
	ohne Gymnasialempfehlung	879	12,3	61,0

Quelle: Verschiedene Statistiken der BSB